

Stand: 18.05.2026 12:38:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9904

"Menschenrechtsslage im Iran ist inakzeptabel - und schließt Abschiebungen vorerst aus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9904 vom 05.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11935 des VF vom 16.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel – und schließt Abschiebungen vorerst aus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die brutale Gewalt des islamistischen Unrechtsregimes im Iran gegen die eigene Bevölkerung auf das Schärfste und nimmt die inakzeptable menschenrechtliche Lage sowie die jüngsten Entwicklungen im Iran mit großer Sorge wahr.

Der Landtag solidarisiert sich mit den mutigen Menschen im Iran, die unter Einsatz ihres Lebens aufstehen, um für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Menschenrechte einzutreten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden eine aktuelle Lagebewertung zur Sicherheitslage von Deutsch-Iranerinnen und Deutsch-Iranern und iranischen Staatsangehörigen – wie Aktivistinnen und Aktivisten, Journalistinnen und Journalisten, Künstlerinnen und Künstlern, regimekritische Stimmen und Exil-Iranerinnen und Exil-Iraner – in Bayern vorzunehmen und geeignete Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.

Ebenso wird die Staatsregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für einen bundesweiten Stopp von Abschiebungen in den Iran einzusetzen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, den Vollzug von Abschiebungen bis zu einer bundesrechtlichen Klärung auszusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich kurzfristig bei Bundesbehörden des Inneren dafür einzusetzen, dass laufende Besuchs- und Schengen-Visa von iranischen Staatsangehörigen, die sich derzeit touristisch rechtmäßig in Bayern aufhalten, unbürokratisch über eine Einzelfallprüfung verlängert werden können.

Begründung:

Die Abschottung der iranischen Zivilgesellschaft, die systematische Unterbindung jeglicher Kommunikation nach außen und das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Proteste sind Ausdruck eines repressiven und terroristischen Regimes.

Laut Medienberichten schätzen Aktivistinnen und Aktivisten, dass mehrere Tausend Menschen im Zuge der Regimegewalt getötet und inhaftiert wurden. Insbesondere für Oppositionelle und Aktivistinnen und Aktivisten ergibt sich durch die aktuellen Ereignisse eine erhöhte Bedrohungslage.

Gleichzeitig halten sich derzeit viele iranische Staatsangehörige aus touristischen Gründen mit befristeten Visa in Bayern auf. Für einen Teil dieser Personen ist eine Rückkehr in den Iran mit erheblichen Risiken verbunden oder faktisch nicht zumutbar.

Bayern trägt als ein offenes Bundesland und als politischer Ort eine besondere Verantwortung, humanitäre Spielräume konsequent zu nutzen und Schutz dort zu gewähren, wo Gefährdungslagen bestehen.

Zugleich haben die Entwicklungen im Iran Auswirkungen auf die Sicherheitslage von Deutsch-Iranerinnen und Deutsch-Iranern und Exil-Communitys in Bayern, etwa durch Bedrohungen, Einschüchterungsversuche oder transnationale Repression.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/9904

**Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel - und schließt Abschiebungen vor-
erst aus**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatler: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 16. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende